

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 12. Wahlperiode, 1987-1988

23.04.1991 - Drucksache 12/1207

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

Muttersprachlicher Unterricht für alle ausländischen Schüler und Schülerinnen im Lande Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Es ist ein Ziel der bremischen Bildungspolitik, allen ausländischen Schülern und Schülerinnen Unterricht in ihrer Muttersprache zuteil werden zu lassen.

1. Der muttersprachliche Unterricht soll verpflichtend für alle ausländischen Schüler und Schülerinnen eingeführt werden.

Eine Befreiung vom muttersprachlichen Unterricht kann nur in begründeten Ausnahmefällen gestattet werden.

2. Zur Erreichung dieses Zieles wird bis zum 30. Juni 1991 ein Stufenplan vom Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst vorgelegt, der dokumentiert, wie bis zum Schuljahr 1994/95 der Ausbau des muttersprachlichen Unterrichts vollzogen werden kann.

3. — Zum nächsten Schuljahr soll die Anzahl der Grundschulen mit muttersprachlichem Unterricht verdoppelt werden.

— An Grundschul-Standorten, wo mindestens 10 Schüler und Schülerinnen anderer Sprachgruppen in einer Jahrgangsstufe beschult werden, soll der muttersprachliche Unterricht für diese Sprachgruppen bis spätestens zum Schuljahr 92/93 eingeführt werden.

— Der muttersprachliche Unterricht soll in der Orientierungsstufe weitergeführt werden.

— Im Sek-I.-Bereich sollen zum Schuljahr 1992/93 die Standorte mit Türkisch als zweiter Fremdsprache verdoppelt werden.

4. Für den muttersprachlichen Unterricht sollen Lehrer und Lehrerinnen angestellt werden, die dem jeweiligen Kulturkreis angehören und an besonderen Fortbildungsmaßnahmen teilgenommen haben.

5. Für diesen Stufenplan sind die entsprechenden personellen und sächlichen Mittel in den Haushalten einzuplanen.

Syusch, Sailer, Dr. Helga Trüpel und Fraktion DIE GRÜNEN

